

Antragsbereich P: Sozialpolitik und soziale Infrastruktur

Antrag P2_17/1

1 Antragssteller*in: Bundesvorstand

2
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

5 P2_17/1 Gerechte Hochschulen brauchen ein 6 soziales Fundament

7 Zurzeit studieren über 2,8 Millionen Menschen in Deutschland. Die Studierendenzahlen sind in
8 den letzten zehn Jahren um 900.000 Studierende gewachsen. Das entspricht einem Zuwachs von
9 fast 50% im Vergleich zum Jahr 2007. Dieser Zuwachs stellt die 58 Studierendenwerke als zentrale
10 Akteur*innen im Bereich der sozialen Infrastruktur vor enorme Herausforderungen. Denn wir alle
11 benötigen Wohnraum, nutzen die Mensen und Cafeterien, nehmen Beratungsangebote in diversen
12 Feldern - von der Studienfinanzierungsberatung bis zur psychologischen Beratung - wahr. Darüber
13 hinaus studieren immer mehr Menschen in Elternschaft, sodass auch Kinderbetreuungsangebote
14 stärker nachgefragt werden. Ebenso verzeichnen wir immer mehr internationale Studierende, die
15 ebenso durch die Studierendenwerke betreut werden. Insgesamt wird die Studierendenschaft
16 diverser, was eine erfreuliche Entwicklung ist, doch stellt dies die Studierendenwerke vor eine
17 enorme Herausforderung, –der sozialen Selektivität im Bildungssystem wirksame Mechanismen
18 entgegenzusetzen. Den Zugang zu Bildung begreifen wir Juso-Hochschulgruppen als
19 Menschenrecht. Wir verschreiben uns dem Kampf gegen jegliche Hürden im Zugang zu Bildung
20 und insbesondere zu Hochschulen. Wir müssen endlich die soziale Perspektive auf Hochschulen in
21 der öffentlichen Debatte in den Vordergrund rücken. Denn nur auf diesem Fundament können wir
22 Hochschulen gerecht gestalten. Soziale Infrastruktur ist damit zentrales Thema der Frage nach
23 sozialer Gerechtigkeit. Die Studierendenwerke begreifen wir hierbei als unsere ersten
24 Bündnispartner*innen. Gemeinsam streiten wir dafür, dass Studium zeitgemäß wird. Nicht
25 morgen, nicht irgendwann - sondern genau jetzt!

27 Soziale Infrastruktur - ein weites Feld

28 Die Rahmenbedingungen für ein gutes Studium, das allen offen steht, sind vielschichtig. Soziale
29 Infrastruktur bildet das Fundament einer guten und gerechten Hochschule. Die
30 Studierendenwerke sind dabei das Rückgrat der sozialen Infrastruktur und damit wichtigste
31 Bündnispartner*innen für uns als Juso-Hochschulgruppen. Von Wohnraum, über hochschulische
32 Infrastruktur, bis hin zu Studienfinanzierung gibt es eine ganze Menge Baustellen, die Studium
33 für eine diverse Studierendenschaft mit vielfältigen Lebensläufen und Bildungsbiografien zum
34 Hürdenlauf werden lassen. Auf der Strecke bleibt das Studium selbst. Damit sich Studierende
35 wieder auf den Zweck ihres Studiums - Lehrinhalte, wissenschaftlichen Austausch, Selbstbildung
36 und Horizonterweiterung - konzentrieren können, muss sich eine ganze Menge verändern.

37 Wohnraum

38 Studierende geben einen erheblichen Teil ihres Geldes für Wohnraum aus - es ist die höchste
39 Ausgabe im Alltagsbudget. Hieran wird ersichtlich, dass der Bereich bezahlbarer Wohnraum

40 zentral für das Leben von Studierenden ist, dessen Lebensmittelpunkt bestimmt und einen
41 strukturellen Rahmen verleiht. Vor diesem Hintergrund setzen sich die Juso-Hochschulgruppen
42 explizit dafür ein, dass vorgeblich gemeinnützige studentische Initiativen, wie die
43 Hochschulinitiative e.V. und ihr Angebot, das sogenannte „Mensa-Stipendium“, nicht unterstützt
44 werden. Wir Studierende sind auf der zuweilen verzweifelten Suche nach bezahlbarem
45 Wohnraum nicht allein. Auch beispielsweise Arbeitssuchende, Geflüchtete oder Auszubildende
46 leiden erheblich unter den enormen Mietsteigerungen der letzten Jahre, Leerständen und
47 Sozialwohnungen weit abseits der städtischen Infrastruktur. Die stellt sich besonders stark bei
48 Betrachtung der Studien im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) heraus. Hiernach
49 werden in der gesamten Bundesrepublik knapp 800.000 Sozialwohnungen mehr gebraucht um den
50 Bedarf für alle Bevölkerungsgruppen zu decken. Für uns ist klar: Bezahlbarer Wohnraum muss für
51 alle her! Daher ist es wichtig, verschiedene soziale Gruppen nicht gegeneinander auszuspielen.

52 Mehr bezahlbarer Wohnraum entschärft die Lage und insbesondere der studentische Wohnraum
53 muss dringend und massiv ausgebaut werden. Derzeit beläuft sich der Bestand auf ca. 240.000
54 Wohnungen, die öffentlich gefördert werden, davon werden ca. 80% von den
55 Studierendenwerken vermietet. Aufgrund der steigenden Studierendenzahlen sank die
56 Versorgungsquote bei den Wohnheimplätzen seit 2008 von 12,13% auf 9,69% (Stand: 2016),
57 obwohl seit 2011 ca. 14.000 neue Wohnplätze geschaffen wurden. Hier wird die Problematik
58 deutlich: Die Differenz zwischen Bedarf und Deckung dessen ist zu groß. Rund 10%
59 Versorgungsquote in Wohnheimplätzen sind lange nicht genug.

60 Insgesamt kostet die Miete je nach Wohnform, Größe, Ausstattung und Lage bis zu 600 Euro. Der
61 Gesetzgeber setzt für Studierende monatlich 250 Euro für Wohnausgaben an (vgl. BAföG-
62 Wohnpauschale). Vor allem Bauaufgabe, z.B. im energetischen Bereich machen den Neubau von
63 Wohnheimen teuer. Ohne entsprechende staatliche Förderung sind die Studierendenwerke
64 oftmals gezwungen die Kosten auf die Miete umzulegen. Öffentliche Wohnheimplätze werden
65 von den Studierendenwerken angeboten, die einen klaren sozialen Auftrag haben.
66 Studierendenwerke sind Expert*innen zu studentischen Belangen, bringen ihre Expertise
67 unmittelbar in die Gestaltung und den Betrieb von Wohnheimen ein und binden hierbei die
68 Stimme der Zielgruppe über dauerhafte studentische Vertreter*innen in ihren Gremien ein. Hier
69 fordern wir eine paritätische Besetzung.

70 Auch für internationale Studierende sind die Wohnheimplätze der Studierendenwohnheime ein
71 wichtiger Anlaufpunkt, da diese auf dem privaten Wohnungsmarkt eine Vielzahl von Hindernissen
72 überwinden müssen. Aufgrund des zeitlich begrenzten Aufenthalts an einer Hochschule bleibt
73 zum einen wenig Zeit für die Wohnungssuche, zum anderen bestehen anfangs Sprachbarrieren.
74 Zusätzlich fehlt vielen Vermieter*innen, die nicht jedes Jahr neue Mieter*innen suchen wollen,
75 die langfristige Perspektive. Noch dramatischer wirken sich mehr oder weniger unterschwellige,
76 mitunter rassistische Ressentiments aus, durch die Vermieter*innen lieber an vermeintlich
77 „deutsche“ Studierende vermieten wollen. Dadurch wird die schwierige Wohnungssuche zur noch
78 größeren Herausforderung und gleichzeitig zur Leidensgeschichte. Für internationale Studierende
79 spielen die Wohnungsangebote der Studierendenwerke daher eine elementare Rolle. Zurzeit sind
80 rund 37% der Mieter*innen in Wohnheimen der Studierendenwerke internationale Studierende.
81 Mit der fortschreitenden Internationalisierung der Hochschulen kann das Angebot der
82 Studierendenwerke allerdings nicht mithalten.

83 Studierendenwerke bieten aber auch günstigen Wohnraum für behinderte und/oder chronisch
84 kranke Studierende. So bieten beispielsweise nahezu alle Studierendenwerke Wohnraum für
85 Studierende im Rollstuhl an. Aber auch abseits von Rollstuhlfahrer*innen gibt es teilweise
86 Angebote für Studierende mit Seh- oder Hörbeeinträchtigung. Noch fehlt es allerdings an
87 flächendeckenden, ggf. betreuten Wohnplätzen.

88 Aufgrund der niedrigen Bedarfsdeckung müssen viele Studierende auf private Anbieter*innen
89 ausweichen, deren Mieten noch viel höher liegen. Studieren brauchen keine privaten Luxus-
90 Wohnheime mit sog. „micro-apartments“ mit Mieten zwischen 500 und 800€, die mit
91 Zusatzoptionen wie einem Room service werben, sondern bezahlbaren, auf Studierendenbelange
92 ausgerichtete Wohnraum in Hochschulnähe. Menschen aus Haushalten mit geringem oder sogar
93 durchschnittlichen Einkommen können sich einfach kein Zimmer mit guter Anbindung zur
94 Hochschule leisten. Diese Entwicklung lässt sich besonders in Großstädten wie Frankfurt a. M.
95 oder München beobachten, allerdings ist dies längst kein reines Phänomen der Großstädte mehr.
96 Studentischer Wohnraum ist mittlerweile als Geldanlage mit guten Renditechancen beliebt. Mit
97 der Zukunft von Studierenden pokert mensch aber nicht!

98 Wohnraum ist für Studierende nicht nur der organisatorische Alltagsrahmen sondern muss auch
99 Schutzraum sein. Nach einer Studie an der Ruhr Universität Bochum sind über 80% der
100 Studentinnen* von sexualisierter Gewalt betroffen. Häufig passiert dies in der eigenen Wohnung
101 oder einer anderen Wohnung. Die meisten Übergriffe finden in Wohnheimen statt. Zu einer guten
102 sozialen Infrastruktur gehört es, sexualisierter Gewalt in Studierendenwohnheimen den Kampf
103 anzusagen! Die Hausordnungen müssen klare Regelungen für den Umgang mit Vorfällen und
104 Ansprechpartner*innen aufweisen. Angsträume, wie unbeleuchtete und verlassene Zugänge
105 müssen vermieden und Übergriffe ganz im Sinne des Vorrangs der Betroffenenperspektive
106 verhandelt werden. Sexuelle Selbstbestimmung ist Menschenrecht - auch in Wohnheimen!

107 **Gastronomie**

108 Gute, gesunde und nachhaltige Verpflegungsangebote, die sich alle Studierenden leisten können,
109 sind ein zentrales Anliegen an soziale Infrastruktur. Denn ohne eine gute und ausgewogene
110 Ernährung lernt es sich nun mal nicht gut. Eine gute und ausgewogene Ernährung darf dabei nicht
111 vom Geldbeutel abhängen. Knapp 75% der Studierenden nutzen die Verpflegungsangebote der
112 Studierendenwerke an den Hochschulen, die in Mensen und Cafeterien möglichst gute und
113 günstige Ernährungsangebote bieten sollen. Die Studierendenwerke bieten dabei ca. 240.000
114 Plätze in ihren 960 gastronomischen Einrichtungen. Und doch ist das Gedrängel um die
115 Mittagszeit jedem*der Studierenden nur allzu bekannt. Mit wachsenden Studierendenzahlen
116 müssen auch die Menskapazitäten ausgebaut werden. Zentrale Anforderungen müssen dabei
117 ausreichend Plätze und Ausstattung, ganztägige Öffnungszeiten, gute Arbeitsbedingungen für die
118 Mitarbeiter*innen sowie inklusive Räumlichkeiten sein.

119 Neben der Qualität und den Kosten spielt der Faktor Nachhaltigkeit für Studierende eine
120 zunehmend größere Rolle. Das Klimaschutzgutachten der Bundesregierung weist auf erhebliche
121 Einsparpotenziale bei den Klimaemissionen innerhalb der Gemeinschaftsverpflegung, zu der auch
122 die Hochschulgastronomie gehört, hin. In dem Gutachten wird zunächst vorgeschlagen den
123 Konsum tierischer Erzeugnisse unter Berücksichtigung ernährungswissenschaftlicher
124 Empfehlungen zu verringern, Leitungswasser anzubieten und Abfälle zu vermeiden. Weiterhin
125 werden Beschaffung, Verpackungen, regionale und ökologische Produkte, Conveniencegrade,
126 optimierte Großküchengeräte, veränderte Verhaltensweisen und Abläufe, Energieträger,
127 Heizungen und Klimaanlage diskutiert. Bei Betrachtung der ernährungsbedingten
128 Treibhausgasemissionen der Verzehrweisen fällt außerdem auf, dass die Fußabdrücke ja nach
129 Verzehrweise deutlich unterschiedlich groß sind. Gegenüber dem Durchschnitt ergibt sich für das
130 Referenzjahr 2006 beispielsweise bei einer Ernährung gemäß den DGE-Empfehlungen eine
131 Einsparung von 9%, bei Ovolakto-vegetarischer Ernährung von 20% und bei einer veganen
132 Ernährung von 38,4%. In den Angeboten selbst liegt also ein erhebliches Potenzial, welches
133 genutzt werden muss. Momentan sind rund 10% der verkauften Speisen vegan, dennoch sind
134 fleischhaltige Gerichte überproportional in den Speiseplänen vertreten. Insgesamt lässt sich ein
135 Trend zu gesundem und nachhaltigerem Essen beobachten. Auch regionale Produktlinien

136 erhalten mehr und mehr Einzug in die Mensen und Cafeterien. Eine gute, nachhaltige Ernährung
137 schafft Bewusstsein für sich selbst, aber auch die Auswirkungen des eigenen Handelns auf sein
138 Umfeld. Das Mensaangebot muss daher das Angebot an vegetarischem und veganem Essen
139 ausbauen, Fleischkonsum reduzieren und Alternativen im Falle von Allergien und
140 Unverträglichkeiten anbieten. Regionalen und pflanzenbasierten Produkten soll dabei Vorrang
141 vor konventionellen Produkten gegeben werden. Die Bedeutung der Gemeinschaftsverpflegung
142 im Allgemeinen sowie der Studierendenwerke und der Hochschulgastronomie im Besonderen
143 wurde in der Studie erkannt. „Mensen und Cafeterien an Hochschulen werden von
144 Studentenwerken betrieben. Hier lässt sich eine große Offenheit der Studierenden gegenüber
145 klimarelevanten Ansätzen feststellen. Insoweit ist hier eine Realisierung der Maßnahmen
146 vergleichsweise einfach.“

147 Menschliches Handeln hat eine soziale Dimension, dessen Reflexion in der Eigenversorgung mit
148 Kollektivgütern beginnt. Hier gilt es in Hinblick auf Nachhaltigkeit einen kritischen Diskurs zur
149 Menge des Fleischkonsums oder zu Lebensmittelverschwendung anzustoßen. Den
150 Studierendenwerken ist die Notwendigkeit der Innovation hin zu mehr Nachhaltigkeit und die
151 Offenheit der Studierenden seit langem bewusst und sie arbeiten mit verschiedenen Maßnahmen
152 für eine nachhaltigere, bezahlbare Hochschulgastronomie, die die Bedürfnisse von Studierenden
153 hinsichtlich einer ausgewogenen Ernährung aus guten Produkten reflektiert und sich in das
154 Gesamtkonzept einer starken sozialen Infrastruktur an Hochschulen einfügt. Eine innovative und
155 nachhaltige Hochschulgastronomie kann insbesondere die Studierenden als Multiplikator*innen
156 gewinnen und so über das Studium hinauswirken. Weiterhin dürfen gesunde Ernährungskonzepte
157 nicht zu „Abnehm-Programmen“ für Studierende werden, die sich an einem falschen Körperideal
158 orientieren und Menschen unter Druck setzen.

159 **Beratung & Betreuung**

160 Nach einer Studie des Deutschen Studentenwerks [sic!] haben 96% der Studierenden mindestens
161 einen Bereich in ihrem Studium oder ihres Studienalltags, in dem sie Fragen oder Probleme
162 haben. Am häufigsten werden die Themengebiete Stress, Erschöpfung, Prüfungsängste und
163 Leistungsdruck genannt. Aber auch das Thema Studienfinanzierung und Fragen zum Nebenjob
164 sind unter den Studierenden virulent. Hinzu kommen Beratungen für internationale Studierende
165 und behinderte und/oder chronisch kranke Studierende. Diese Themengebiete werden von
166 verschiedenen Akteur*innen angeboten. Hauptsächlich bieten die Studierendenwerke
167 Beratungsangebote an, aber auch die Hochschulen selbst, die Studierendenvertretungen oder
168 private oder gewerkschaftliche Initiativen bieten zu bestimmten Themen Beratungsangebote an.
169 Gerade private Studien- und Karriereberatung unterliegen dabei oftmals einem neoliberalen
170 Zeitgeist und richten sich allein auf Arbeitsmarktkonformität, anstatt Bildung emanzipatorisch
171 und als Ort der Selbstverwirklichung zu begreifen.

172 Insgesamt spiegelt die Themenvielfalt der Beratungsangebote die immer diverser werdende
173 Studierendenschaft wieder. Dieser positive Trend führt auch dazu, dass Beratungsangebote
174 einem ständigen Prozess der Spezialisierung unterliegen müssen, um mit den Veränderungen
175 mithalten zu können. Diese Kosten werden zurzeit größtenteils über die Studierendenbeiträge bei
176 den Studierendenwerken und teilweise über einen Verwaltungskostenbeitrag von Seiten der
177 Hochschule finanziert. Im Endeffekt bezahlen Studierende, die aufgrund eines neoliberalen
178 Bildungssystems, das durch Konkurrenzdruck und Optimierungslogiken einen Großteil des
179 Beratungsbedarfs selbst produziert, ihre Beratungen selbst.

180 Die Nachfrage nach Beratungs- und Unterstützungsangeboten wächst, was zwangsläufig zu
181 Kapazitätsproblemen führt, denn Beratungen können nicht in jedem beliebigen Raum
182 stattfinden, sondern brauchen Räumlichkeiten, die den vertraulichen Umgang ermöglichen.

183 Hinzu kommt eine dauerhafte Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter*innen, um auf die
184 dynamische Problementwicklung in der Studierendenschaft reagieren zu können. Zurzeit sind
185 viele Beratungsangebote mit Kapazitätsproblemen konfrontiert. So führte beispielsweise die
186 Einführung des E-BAföG-Antrags in vielen Bundesländern zu chaotischen Zuständen in den BAföG-
187 Ämtern, wodurch ein höherer Arbeitsaufwand in der Bearbeitung der Anträge entstand. Auf
188 Grund es Umstands, dass für eine einigermaßen zeitnahe Antragsbearbeitung mehr
189 Mitarbeiter*innen gebraucht wurden, mussten BAföG- und Studienfinanzierungsberatungszeiten
190 gekürzt werden.

191 Aber auch in der psychologischen Beratung nimmt die Nachfrage zu - seit 2010 um 25 Prozent.
192 Studierende müssen mitunter mehrere Wochen auf Erstberatungen oder Folgetermine warten.
193 Gesundheit - ob psychisch oder physisch hat allerdings Priorität zu haben - Wartezeiten für die
194 Behandlung von Depressionen, Ängsten, Krisen und anderen Belastungen sind inakzeptabel und
195 gefährlich.

196 Ein weiteres Problem entsteht, wenn die vielen verschiedenen Beratungsstellen keinen
197 gemeinsamen Erstanlaufpunkt haben, der die Zuständigkeiten klärt und Menschen an die
198 richtigen Stellen für ihr Problem oder ihre Fragen verweist. Oftmals sind Beratungsangebote
199 nicht oder nur wenig aufeinander abgestimmt, sodass häufig mehr Zeit beim Suchen der richtigen
200 Beratungsstelle vergeht, als in der Beratung selbst. Insgesamt muss der Zugang zu
201 Beratungsangeboten verbessert werden. Anzustreben ist hierbei ein zentraler Anlaufpunkt für
202 alle Studierenden. An diesem Ort müssen alle Angebote des Student*innenwerkes anzutreffen
203 sein, sodass insbesondere für Menschen, die keine langen Strecken zurücklegen können, auch
204 Zentralität geboten wird.

205 Neben Beratungen bieten Studierendenwerke zusammen mit Hochschulen auch Betreuungsplätze
206 für Kinder an, um Studierenden mit Kind ein Studium zu erleichtern. Hier fehlen nach
207 Schätzungen des Deutschen Studentenwerks [sic!] weitere 2.000 KiTa-Plätze, vor allem für
208 Kinder unter drei Jahren. Zurzeit bestehen ca. 8.750 KiTa-Plätze. Dazu kommen noch weitere
209 Services für Studierende mit Kind, die noch nicht weit genug ausgebaut sind, wie flexible,
210 kurzzeitige Betreuungsangebote, Wochenendbetreuung und allgemeine Infrastruktur, wie
211 Wickeltische, Eltern-Kind-Räume oder Möglichkeiten mit dem Kinderwagen Räume barrierefrei zu
212 erreichen. In einer patriarchalen Gesellschaft, die nach wie vor, vor allem Frauen* die
213 Verantwortung für unbezahlte Care- und Pflegearbeit zuschreibt, sind es vor allem weibliche*
214 Studierende, die unter diesem Zustand leiden. Die Vereinbarkeit von Familie und Studium ist
215 somit einer - wenn auch lange nicht der einzige - Ansetzungspunkt zur Gleichstellung aller
216 Geschlechter an Hochschulen.

217 Beratung und Betreuung entfalten ein unvergleichliches Potential in puncto Studierbarkeit. Die
218 Angebote holen Studierende in ihrer Lebensrealität ab und unterstützen sie nach individuellem
219 Bedarf. Studierende haben jedoch nur an solchen Hochschulen Zugang zu Beratung, an denen
220 Mittel dafür zur Verfügung stehen. Vor allem an strukturschwachen Hochschulen gibt es zu vielen
221 Gebieten keine Unterstützungsmöglichkeit. Häufig sind es gerade diese Hochschulen, die in
222 wettbewerbsorientierten Finanzierungsmodellen leer ausgehen. Dabei müssen Beratungs- und
223 Unterstützungsangebote flächendeckend und allen Hochschulen möglich sein.

224 **BAföG**

225 Auch das BAföG bildet eine wichtige Säule der sozialen Infrastruktur. Die Frage der individuellen
226 Studienfinanzierung ist für jede*n Studieninteressierte*n die allentscheidende. Dabei hat das
227 BAföG seit seiner Einführung durch die Regierung Brandt eine beachtliche Entwicklung hingelegt,
228 die es zu einem sozialdemokratischen Erfolgsprojekt gemacht hat. 1971 als Vollzuschuss
229 gestartet, mit dem Ziel eine soziale Öffnung der Hochschulen zu erreichen, ist das BAföG ein

230 wichtiger Schwerpunkt im Bereich der sozialen Infrastruktur. Im ersten Jahr bezogen ca. 45% der
231 Studierenden BAföG. Heute liegt die Förderquote der regelmäßig Geförderten lediglich bei 15%.

232 Über die Zeit hinweg hat das BAföG wichtige Weiterentwicklungen verpasst Einschränkungen
233 erfahren. Es ist für die wenigen Antragsberechtigten darüber hinaus zu einem unübersichtlichen
234 Dschungel geworden, der vielfältige Förderlücken enthält. Altersgrenzen, Elternabhängigkeit,
235 Vermögensgrenzen, Fördersätze, Regelstudienzeit, Fachwechsel, Förderfähigkeit von
236 Teilzeitstudiengängen und Darlehensanteil sind nur einige Beispiele. Das BAföG hat zahlreiche
237 Hürden, die dringend abgebaut werden müssen.

238 2013 konstatierte Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU), dass das BAföG teilweise an der
239 Lebensrealität der Studierenden vorbeigehe. Dennoch war die im letzten Jahr in Kraft getretene
240 BAföG-Novelle kein großer Wurf. Neben ein paar kosmetischen Verschönerungen wurden allein
241 die Förderbeträge erhöht. Damit konnte gerade einmal das bereits tief klaffendes Inflationsloch
242 seit der vorherigen Erhöhung in Teilen angeglichen werden. Die Gewerkschaften haben in diesem
243 Jahr einen alternativen BAföG-Bericht in Auftrag gegeben, der die Schwächen des BAföG und die
244 marginalen Veränderungen durch die BAföG-Novelle statistisch aufzeigt. Zwischen 2013 und 2015
245 fielen ca. 60.000 Studierenden im Jahresschnitt aus der Förderung. Die Förderquote sank von 28
246 Prozent (2012) auf 23 Prozent (2015). Verwendet man die Berechnungsgrundlagen des
247 alternativen BAföG-Berichts sank die Gefördertenquote sogar von 18 Prozent (2012) auf 15
248 Prozent (2015).

249 Ein vollständiger und fortwährender Ausgleich der Inflation bei den Fördersätzen wurde verpasst,
250 sodass der Verbraucher*innen-Preisindex bereits jetzt wieder um 6,4 % über den Bedarfsätzen
251 liegt. Die Erhöhung der Wohnpauschale auf 250 Euro blieb ebenfalls hinter dem ermittelten
252 Bedarf für Wohnen der letzten DSW-Sozialerhebung von 298 Euro im Durchschnitt zurück. Gerade
253 in Hinblick auf steigende Studierendenzahlen und fehlenden Wohnraum wird sich diese
254 Problematik weiter verschärfen. Im Vergleich zu den realen Kosten von Studierenden, die in der
255 DSW-Sozialerhebung ermittelt wurden, besteht eine noch dramatischere Lücke, die es
256 schnellstmöglich zu schließen gilt, damit ein Studium allen Menschen unabhängig ihres sozialen
257 Hintergrundes offen steht. Die BAföG-Fördersätze müssen daher dringend und bedarfsdeckend
258 erhöht werden.

259 Das BAföG muss dabei auch endlich individuelle (Weiter-)Bildungswege ermöglichen. Die
260 bisherige Verwendung der Regelstudienzeit als Sanktionsmechanismus, die Beschränkung von
261 Fachwechseln, die Forderung nach Leistungsnachweisen, die Altersgrenzen und die Nicht-
262 Förderbarkeit von Teilzeitstudiengängen verhindern dies. Studierenden sind durch verschiedene
263 externe Faktoren zeitlich belastet. Hierzu zählen u.a. Nebenjobs, Pflügetätigkeiten, Ehrenamt
264 oder die Kinderbetreuung. Eine Studienfinanzierung, die der individuellen Gestaltbarkeit von
265 Studium entgegensteht und keinen Raum für individuelle Lebensläufe und Bildungsbiografien
266 lässt, steht mit dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit nicht in Einklang.

267 Das wohl größte und dabei auch kostspieligste Problem liegt allerdings im Darlehensanteil von bis
268 zu 10.000 Euro, das vor allem Menschen aus Familien ohne akademische Bildungshintergrund von
269 einem Studium abhält. Die Angst, Schulden zu machen, bleibt eins der zentralen Probleme.

270 Insgesamt stellt sich das BAföG als dringend reformbedürftig dar. Die dringend notwendige
271 erneute Erhöhung von Bedarfsätzen und elternabhängigen Freibeträgen steht dabei an erster
272 Stelle, reicht aber lange nicht aus. Im Gegenteil; hier gilt es eine substantielle Strukturreform
273 mit entsprechender Anpassung an die Lebensrealität der Studierenden auf den Weg zu bringen.
274 Das BAföG muss sich weiterentwickeln und orientiert an einem emanzipatorischen Bildungsideal
275 über sich hinauswachsen. Was am Ende dieser Entwicklung steht, ist für uns klar: Ein eltern- und
276 altersunabhängiges, bedarfsdeckendes BAföG als Vollzuschuss. Das BAföG muss wieder zum

277 zentralen Mittel der Bildungs- und Weiterbildungsfinanzierung werden. Jede*r muss sich ein
278 Studium leisten können, Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

279

280 **Unterfinanzierung im Hochschulbereich**

281 Infrastruktur, gute Hochschulen und gerade die Finanzierung dessen sind im Zuge der
282 auslaufenden Hochschulpakete in den Fokus der hochschulpolitischen Diskussion gekommen. Auf
283 Tagungen, Podiumsgesprächen oder anderen Veranstaltungen sprechen vornehmlich
284 Politiker*innen, Hochschulvertreter*innen. Zu selten noch werden Studierende an den
285 Diskussionen über die Zukunft der hochschulischen Infrastruktur beteiligt. Dabei muss
286 konstatiert werden, dass durch diese Perspektive Digitalisierung und Renovierungen der maroden
287 Gebäude sowie die Finanzierung der Lehre im Fokus stehen. Diese Forderungen sind mehr als
288 berechtigt und werden auch dringend benötigt, doch wird vor allem der Bereich der sozialen
289 Infrastruktur oftmals ausgeklammert und randständig behandelt. Soziale Infrastruktur muss aber
290 immer mitgedacht werden, wenn es um Infrastruktur geht und darf eben nicht hinten
291 runterfallen.

292 Die Studierendenwerke versuchen nun schon seit Jahren einen eigenen Hochschulsozialpakt von
293 Bund und Ländern zur Sanierung und zum Ausbau sozialer Infrastruktur ins Gespräch zu bringen
294 und durchzusetzen. Gute Hochschulen fangen nämlich nicht bei teuren Prestigebauten, sondern
295 bei der Offenheit für alle Menschen an. Diese gelingt nur, wenn wir unsere Hochschulen auf ein
296 gutes soziales Fundament stellen. Hier geht es darum, jenseits von Konkurrenz und sozialen
297 Leuchtturmprojekten an allen Hochschulen eine gute und gerechte Ausgangslage zu schaffen. Wir
298 brauchen eine breite und ausfinanzierte soziale Infrastruktur an allen Hochschulen. Dafür bedarf
299 es starker Studierendenwerke, die ihren sozialen Auftrag nicht unter wirtschaftlichen Nöten
300 unterordnen müssen. Die nicht auf Studierendenbeiträge angewiesen sind, sondern aus
301 öffentlicher Hand finanziert werden. Und letztendlich brauchen wir auch demokratische
302 Partizipation auf Augenhöhe in den Gremien der Studierendenwerke, um soziale Infrastruktur aus
303 Sicht der Studierenden gestalten zu können.

304

305 **Packen wir es an - Soziale Infrastruktur gestalten**

306 **Wohnraum**

307 Der Bereich Wohnraum muss umgehend in den Fokus genommen werden. Zwar befinden sich
308 zurzeit ca. 15.000 Wohnheimplätze in Bau, doch werden auch diese den Bedarf nicht decken. Das
309 Deutsche Studentenwerk [sic!] geht von einem Bedarf von mind. 25.000 weiteren Plätzen aus.
310 Aber auch gesamtgesellschaftlich besteht ein Mangel an sozialem Wohnungsbau, der dringend
311 angegangen werden muss.

312 Im Bereich des studentischen Wohnens besteht neben einem generellen Mangel auch das Problem
313 der Kosten für einen Wohnheimplatz, die durch energetische und baurechtliche Vorschriften
314 entstehen. Hier darf der Staat die Studierendenwerke nicht allein lassen. Statt lediglich einfache
315 Kreditprogramme aufzulegen, bedarf es substanzieller Förderprogramme, die mindestens 50% der
316 Kosten pro Platz subventionieren, wie es die Studierendenwerke fordern. Daneben muss den
317 Studierendenwerken günstig Baugrund zur Verfügung gestellt werden und ihre Rolle als
318 Bauakteur*in, z.B. in Form von Kreditfähigkeit, gestärkt werden. Neben der Unterstützung beim
319 Neubau, müssen auch bestehende Kapazitäten erhalten bleiben. Insbesondere kleinere
320 Wohnheime dürfen nicht geschlossen und Leerstände müssen renoviert und genutzt werden.

321 Guter Wohnraum besteht dabei nicht nur aus kleinen Einzelappartements, sondern aus diversen
322 Wohnformen, die flexibel auf die Wünsche und Bedürfnisse der verschiedenen Studierenden
323 anpassbar sein sollten. Besonders in diesem Bereich sollten auch Wohnformen, wie
324 beispielsweise Mehrgenerationenhäuser in den Blick genommen werden.

325 Wir unterstützen die Forderung des Deutschen Studentenwerks [sic!] nach einem
326 Hochschulsozialpakt, der im Bereich Wohnen mindestens 800 Millionen Euro für den Neubau, 650
327 Millionen Euro für die Sanierung, sowie die Zurverfügungstellung von kostenfreien
328 Baugrundstücken umfasst.

329

330 **Daher fordern wir:**

- 331 • Mehr Investition in den staatlichen Wohnungsbau für alle Menschen
- 332 • Einen Hochschulsozialpakt wie vom Deutschen Studentenwerk [sic!] gefordert, im Bereich
- 333 Wohnen
- 334 • Studierendenwerke als zentrale Akteur*innen für studentischen Wohnraum
- 335 • Mieten dürfen nicht über der Wohnpauschale des BAföG liegen
- 336 • Sozialquoten für alle Studierendenwohnheime
- 337 • Ausbau von inklusivem Wohnraum
- 338 • Ausbau von Wohnraum für Studierende mit Kind
- 339 • Awareness-Büros für Wohnheime zum Schutz vor sexualisierter Gewalt sowie Regelwerke für
- 340 den Fall von Übergriffen orientiert an der Betroffenenperspektive
- 341 • Keine Privatisierungen im Bereich Wohnen
- 342 • Keine Spekulation mit leerstehenden Wohnobjekten
- 343 • Eine effektive Mietpreisbremse
- 344 • Bei Abgabe staatlichen Baugrunds an private Investor*innen muss es eine Verpflichtung zum
- 345 Angebot sozialen Wohnraums geben
- 346 • Flächendeckender Milieuschutz über §172 BauGB
- 347 • Alternative Wohnformen müssen ebenfalls staatlich unterstützt werden
- 348

349 **Gastronomie**

350 Neben dem Wohnen ist der Bereich Verpflegung ein weiterer Hauptkostenfaktor für Studierende.
351 Hier gilt es die Qualität des Essens zu steigern und dabei die Preise sozial verträglich zu
352 gestalten, denn Mensa muss für alle bezahlbar sein. Ein weiteres wichtiges Entwicklungsfeld ist
353 die Nachhaltigkeit des Mensaangebotes, die es auszubauen gilt. Ziel muss es sein, dass alle
354 Studierenden die Verpflegung in den gastronomischen Einrichtungen am Campus nutzen können.
355 Dafür muss die Vielfalt des Angebots - und insbesondere vegetarische und vegane Speisen -
356 weiter ausgebaut werden, gerade in Hinblick auf Allergene und Zusatzstoffe. Aber auch
357 Kapazitäten und Öffnungszeiten müssen an die Bedürfnisse der Studierenden angepasst werden,
358 ohne dabei die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen aus dem Blick zu verlieren. Dafür
359 bedarf es laut Deutschen Studentenwerk [sic!] mindestens 800 Millionen Euro.

360 **Daher fordern wir:**

- 361 • Einen Hochschulsozialpakt wie vom Deutschen Studentenwerk [sic!] gefordert, für den Erhalt
- 362 und den Ausbau der Hochschulgastronomie
- 363 • Mindestens 30% der Gerichte unter 2€
- 364 • Ausbau des Angebots insbesondere im Bereich vegetarischer und veganer Gerichte

- 365 • Diversität von Ernährungsmodellen berücksichtigen
- 366 • Verstärkte Nutzung regionaler und pflanzenbasierter Produkte
- 367 • Bewusstsein für die eigene Ernährung und die Lebensmittelproduktion stärken
- 368 • Programm zum Ausbau der Nachhaltigkeit im Bereich Hochschulgastronomie
- 369 • Ausgewogene Ernährung ermöglichen
- 370 • Gesunde Ernährung ermöglichen, ohne dabei den Fokus auf das Abnehmen zu legen
- 371 • Orientierung an die studentischen Bedürfnisse in Bezug auf Kapazitäten und Öffnungszeiten
- 372 • Gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter*innen
- 373

374 **Beratung und Betreuung**

375 Dem Beratungsbereich kommt eine besonders wichtige Rolle bei der Öffnung der Hochschulen zu.
376 Durch eine immer diverser werdende Studierendenschaft, befindet sich dieser Bereich unter
377 einem ständigen Fortbildungsdruck, der vielfältige Spezialisierungen benötigt. Aufgrund der
378 vielen Beratungsangebote bedarf es zusätzlich einer zentralen Koordination als erste
379 Anlaufstelle, die die Studierenden an die richtigen Stellen weiterverweisen kann. Beratungen
380 müssen dabei unabhängig und sachlich, flexibel, sensibel und vertraulich, kompetent, kostenlos,
381 individuell, offen und gendersensibel sein. Das Beratungsangebot muss auch internationalen
382 Studierenden zugänglich sein.

383 Zusätzlich müssen die Angebote dem verstärkten Bedarf an Kinderbetreuung und insgesamt
384 familienfreundlicheren Hochschulen gerecht werden. Hier bedarf es laut Deutschem
385 Studentenwerk [sic!] mindestens 2.000 neue KiTa-Plätze und den weiteren Ausbau
386 familienfreundlicher Angebote am Campus.

387 **Daher fordern wir:**

- 388 • Einen Hochschulsozialpakt, der auch den Bereich Beratung und Betreuung unterstützt
- 389 • Stärkung der BAföG-Ämter und - Beratungsstellen. Darüber hinaus müssen unabhängige
390 Beratungsstellen zum BAföG gestärkt und ausgebaut werden.
- 391 • Abschaffung von Verwaltungskostenbeiträgen
- 392 • Personelle Aufstockung bei den Beratungsstellen
- 393 • Ausbau von Beratungsstellen im Bereich Gleichstellung und Frauen*empowerment
- 394 • Antidiskriminierungsstellen an allen Hochschulen
- 395 • Dauerhafte Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter*innen
- 396 • Schaffung von mindestens 2.000 weiteren KiTa-Plätzen an Hochschulen
- 397 • Öffentliche Förderung von Kurzzeitbetreuungsangeboten
- 398 • Ausbau familienfreundlicher Programme
- 399 • Ausbau der psychosozialen und psychologischen Begleitung
- 400 • Die Zusammenlegung aller Angebote an einen zentralen Ort
- 401

402 **BAföG**

403 Nachdem die letzte BAföG-Reform nur eine zu geringe Erhöhung der Freibeträge und
404 Bedarfssätze gebracht hat, ist es an der Zeit für eine substantielle BAföG-Reform, die lange
405 benötigte strukturelle Änderungen bringt und gleichzeitig die Freibeträge, Vermögensgrenzen,
406 Wohnpauschale und Bedarfssätze an die Lebensrealität der Studierenden anpasst. Nur so lässt
407 sich das Versprechen von Bildungsgerechtigkeit umsetzen.

408 **Daher fordern wir:**

409

- 410
- 411 • Abkehr von neoliberalen Verwertungslogiken hin zu einem emanzipatorischen Bildungsideal
 - 412 • BAföG als Bildungsfinanzierung in allen Lebensphasen
 - 413 • Automatische, bedarfsdeckende Erhöhung der Fördersätze unter Anpassung an die DSW-
 - 414 Sozialerhebung
 - 415 • Altersgrenzen abschaffen, auch bei den sozialen Versicherungssystemen
 - 416 • Berechtigtenkreis ausweiten: Elternunabhängiger und vermögensunabhängiger sowie ein von
 - 417 der eingetragenen Lebenspartnerschaft und Ehen befreiter Zugang zu Bildungsfinanzierung
 - 418 • Entkopplung von Regelstudienzeit und Leistungsnachweisen
 - 419 • Fachwechsel ermöglichen
 - 420 • Teilzeitstudium fördern
 - 421 • Förderfähigkeit des Zweitstudiums ermöglichen
 - 422 • Unkomplizierte, bundesweit einheitliche Beantragung des BAföG und ein zügiges,
 - 423 onlinebasiertes Verfahren
 - 424 • Sofortige Rückkehr zum BAföG als Vollzuschuss
 - 425

426 Es muss viel passieren, damit die soziale Infrastruktur an den Hochschulen flächendeckend ein
427 gerechtes Studium für alle ermöglichen kann. Diese Veränderungen sind selbstverständlich auch
428 mit Kosten verbunden, die eine Abkehr von der Politik der Schwarzen Null erfordern. Die Kosten
429 für die soziale Infrastruktur müssen von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden und
430 dürfen nicht länger über Studierendenbeiträge auf die Zielgruppe selbst ausgelagert werden.

431 Darüber hinaus müssen wir auch ein gerechtes Steuersystem etablieren, das die benötigten
432 Investitionen in Bildung ermöglicht. Bildung besteht dabei nicht nur aus Hochschulen, sondern
433 auch aus Kindertagesstätten, Schulen und Berufsschule. Wir brauchen nicht nur kostenlose
434 Bildung von der KiTa bis zum Studium bzw. der Meisterprüfung, wir brauchen auch kostenlose
435 Weiterbildungsmöglichkeiten und eine soziale Infrastruktur, die das Fundament eines guten
436 Bildungssystems bildet. Ein Bildungssystem abseits von Konkurrenzdruck und Leistungszwang. Ein
437 Bildungssystem, das individuelle Bildungswege ermöglicht. Kurzum ein soziales und gerechtes
438 Bildungssystem für Alle.